

**Rede
von Prof. Dr. Bernd Rohwer
bei den Wandsbeker Gesprächen
am 4. Mai 2006**

**„Wirtschaft im Aufschwung –
Rückenwind durch die Politik?“**

Anrede

Ich bedanke mich herzlich für diese Einladung. (Ich weiß ja: Bei diesen exklusiven Veranstaltungen haben Politiker keinen Zutritt. Das hat natürlich meine Entscheidung vor einem Jahr beflügelt, als Minister auszuscheiden – damit ich endlich einmal zu den Wandsbeker Gesprächen eingeladen werde).

„2006 wird ein gutes Jahr“ – diese Prognose gab Ihr Gastredner Thomas Straubhaar bei den Wandsbeker Gesprächen im März d.J. Und in der Tat: Zur Zeit spricht vieles dafür, dass die deutsche Wirtschaft 2006 endlich einmal wieder kräftiger wächst:

- Träger des Wachstums sind nach wie vor die Ausfuhren, die getrieben werden durch die anhaltenden Zuwächse der Weltwirtschaft, deutliche Produktivitätsfortschritte und günstige Wechselkursen
- Aber auch die privaten Investitionen ziehen wieder an - gezogen natürlich von den Exporten, aber auch unterstützt von einem aufgestauten Reinvestitionsbedarf und insgesamt hohen Renditen.
- Selbst die Bauwirtschaft hat offenbar nach langen Jahren des Schrumpfens die (allerdings tief gelegene) Talsohle erreicht
- Die Stimmungsindikatoren von Ifo und ZEW sind so kräftig wie lange nicht mehr angezogen
- Nur beim privaten Verbrauch weiß man nicht so recht, was kommt. Das Verbraucherklima steigt zwar wieder etwas an, und der leichte Wiederanstieg der Erwerbstätigenzahlen erhöht die Einkommen. Auf der anderen Seite schöpfen die Energiepreissteigerungen Kaufkraft ab, und die Sorge vor Steuererhöhungen und Arbeitsplatzverlusten ist ja nicht verschwunden.

Zwar sollte man auch nicht verschweigen, dass die Weltwirtschaft alles andere als stabil ist: Die Energie- und Rohstoffpreise, die politische Instabilität insbesondere in Nahost, die anhaltende Terrorgefahr, die Unsicherheit über den Hyperboom in China – ganz verdrängen sollte man diese Risiken nicht.

Dennoch: Alles in allem rechnen die meisten Konjunkturforschungsinstitute inzwischen mit einem Wachstum für 2006 von bis zu 2 %, einige halten sogar ein Wachstum von 2,5 % für möglich, nur der IWF bleibt bei einer skeptischeren Prognose von 1,4 %. (Nun ist zwar bekanntlich nichts so sicher wie die Tatsache, dass Prognosen meist falsch liegen. Sie kennen ja sicher die Prognose von Wissenschaftlern, die für 1910 vorausgesagt hatten, dass die Straßen New Yorks wegen des damals stark wachsenden Pferdekarrenverkehrs in meterhohem Pferdemist ersticken würden). Aber man doch wohl so viel sagen: Wenn die Eigendynamik wirklich in Fahrt kommt, sind 2 - 2,5 % nicht abwegig. Und für Hamburg und Schleswig-Holstein stehen die Ausichten ähnlich günstig.

Wobei unsere Ansprüche ja gesunken sind: Wir sprechen schon bei 2 % Wachstum von einem kräftigen Aufschwung, obwohl wir damit noch erheblich hinter der Weltwirtschaft (nach der IWF-Prognose fast +5 %) zurückbleiben – von China, Indien und Russland ganz zu schweigen.

Die Wirtschaft will also wachsen, die endogenen Triebkräfte der Märkte funktionieren noch immer einigermaßen.

Ja, und es gibt sogar Chancen, dass es nicht bei einem Jahr bleibt, sondern dass dieser Swing in einen längeren kräftigen Aufschwung mündet. Denn auch fundamental haben sich die Bedingungen verbessert: Kostenstrukturen und Wettbewerbsposition haben sich in vielen Unternehmen verbessert. Der Arbeitsmarkt ist immerhin ein gewisses Stück flexibler geworden. Die Steuerlast – leider nicht die Abgabenlast insgesamt - ist zumindest ein Stück reduziert. Die über Jahre genährte Unsicherheit bei Investoren und Verbrauchern schwindet schneller als gedacht. Insofern ist auch für 2007 und 2008 einiges drin.

Nötig wären dafür allerdings zwei weitere Dinge:

- Die Politik muss den Aufschwung unterstützen, statt sich zurück zu lehnen oder diffuse Signale zu setzen
- Und der Aufschwung in diesem Jahr darf nicht dazu führen, dass wir zu der „Friede-Freude-Eierkuchen“-Mentalität zurückkehren nach dem Motto: War da was? Es geht doch auch ohne Reformen, warum sollen wir – Private, Staat – unsere Ansprüche überdenken?

Anders gesagt: Wenn schon die Krise nur halbherzig für Reformen genutzt wurde (bzw. teilweise sogar für kontraproduktive Gesetze), müssen spätestens jetzt im beginnenden Aufschwung die notwendigen Strukturveränderungen eingeleitet werden. Die Große Koalition in Berlin wäre dafür die Chance:

- Sie hat die breite Mehrheit in Bund und Ländern, um auch unpopuläre Reformen umzusetzen
- In einer formellen großen Koalition kann sich keiner der Partner aus der Verantwortung stellen
- Es gibt ein – allerdings nicht sehr langes – Zeitfenster für auch unpopuläre Entscheidungen: nämlich bis Mitte 2007 (im Frühjahr 2008 finden schon wieder mehrere LT-Wahlen auch in größeren Ländern [Hessen, Niedersachsen, Hamburg] statt – davor nur in den kleineren Ländern Berlin, M-V [9/2006] und Bremen [Frühjahr 2007])

Die große Koalition verfügt also eigentlich über alle Möglichkeiten, um politischen Rückenwind für einen wirklichen, länger anhaltenden Aufschwung zu schaffen. Nur: Bisher ist davon nichts zu spüren.

Dabei liegt das, was zu tun ist, auf der Hand – und die Vernünftigeren unter den Politikern wissen das sogar. Wir müssen endlich die Dinge anpacken, die wir seit zwanzig Jahren als ungelöste Probleme vor uns herschleppen. Und bei denen wir in den Länder-Benchmarks immer weiter nach unten gerutscht sind:

- die Kosten der Sozialsysteme: Deutschland hat die absolut höchsten Personalzusatzkosten unter allen Industrieländern; Deutschland 12 Euro, Dänemark z.B. nur 7 Euro je Std.) – und zudem ist das deutsche Sozialversicherungssystem im Vergleich zu anderen Staaten schlecht auf den demografischen Wandel vorbereitet.
- die Staatsverschuldung: Deutschland hat mit 3,9 % nach Portugal und Italien die höchste Neuverschuldungsquote unter allen Industrieländern – kaum woanders werden künftige Generationen durch falsch ausgerichtete Sozialsysteme und hohe Staatsschulden so stark vorbelastet wie in Deutschland.
- der noch immer zu unflexible Arbeitsmarkt: Deutschland hat – das zeigen die Benchmark-Studien - zusammen mit den südeuropäischen Staaten einen der inflexibelsten Arbeitsmärkte der Industrieländer (Platz 131 von 155 Staaten)
- die hohe Steuerbelastung von Unternehmen und Investitionen: Trotz erster Entlastungsmaßnahmen hat Deutschland unter allen EU-Ländern noch immer die zweithöchste Durchschnittssteuerbelastung von Unternehmen (ZEW: Deutschland liegt um über 12 %-Punkte über dem EU-Durchschnittswert von 23,7 %)

- Bildung und Innovation: bei PISA im unteren Mittelfeld, beim Ranking der Innovationstätigkeit - ehemals eine Stärke der deutschen Wirtschaft - nur noch im Mittelfeld
- Die überbordende Regulierung und Bürokratie: Der einzige Indikator, wo Deutschland in der Spitzengruppe liegt. Nirgends wird so gründlich reguliert wie in Deutschland, Gründungen dauern hier deutlich länger, Planungsverfahren ebenso. Im Benchmark der Rahmenbedingungen für Gründer liegt Deutschland im unteren Mittelfeld – vor allem wegen hoher Regulierung und Steuern, schwieriger Finanzierung und einem Bildungs- und Wertesystem, das Gründer wenig honoriert.

Nichts macht die deutsche Krankheit so deutlich wie die Meldung, die uns letzte Woche erreichte: Inzwischen leben in Deutschland nur noch 39 % der Bevölkerung von eigenem Erwerbseinkommen (was ja auch in Annäherung heißt: diese 39 % finanzieren i.w. die anderen 60 % mit!). Und immer mehr höre ich bei unseren ehrgeizigen und begabten Jugendlichen in Deutschland: Habe ich hier die Zukunftschancen, die ich suche? Und wir alle beobachten, dass einige unserer Besten unserem Land den Rücken zukehren, weil sie anderswo bessere Chancen sehen: im Studium, als Forscher, als Arzt, als Betriebswirt. (Und man vergleiche das einmal mit der Jugend in China oder auch nur in den baltischen Staaten, wo Aufbruchstimmung und Selbstbewusstsein herrschen!). Denn das ist ja auch unser Problem: Wir sind nicht nur in vielen Bereichen schlechter geworden. Andere sind besser geworden.

Manche trösten da offenbar unsere Exporterfolge, die in der Tat beachtlich sind. Aber sie sind nicht nur äußerst fragil – andere Länder holen auf und werden auch im Export immer stärker. Sie erhöhen volkswirtschaftlich gesehen auch nicht unsere Wohlfahrt und schaffen unter dem Strich zu wenig Beschäftigung und Einkommen.

Die Bertelsmann Stiftung führt regelmäßig ein umfassendes Benchmarking der Industrieländer durch – und zwar unterschieden nach dem wirtschaftspolitischen „Bemühen“ um Wachstum und Beschäftigung (Aktivitätsindex) einerseits und den erzielten tatsächlichen Erfolgen (Erfolgsindex) andererseits. Das traurige Ergebnis: Seit Jahren letzter Platz beim Erfolgsindex und – Armutszeugnis für die Politik - auch einer der hintersten Plätze beim Aktivitätsindex (mit einer leichten Verbesserung im jüngsten Standortcheck 2006). Die Politik hat also nicht einmal konsequent versucht, besser zu werden. (Es zeigt sich dabei übrigens tatsächlich: Länder, die Reformen für Wachstum und Beschäftigung durchführten, also beim Aktivitätsindex gut abschnitten, verzeichneten auch die besten Wachstums- und Beschäftigungserfolge!

Die Aufgaben sind also eigentlich klar benannt. Rückenwind für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland würde bedeuten, dass die Politik wenigstens einige der Aufgaben konsequent anpackt:

- die Konsolidierung der sozialen Systeme, verbunden mit einer Stärkung der Eigenverantwortung und der Senkung der Lohnnebenkosten
- die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – und zwar nicht durch Erhöhung der Abgabenlasten, sondern durch echte Einsparungen
- weitere Reformen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere beim Kündigungsschutz und bei den Anreizen zur Arbeitsaufnahme
- die Vereinfachung des Steuerrechts und Schaffung international wettbewerbsfähiger Unternehmenssteuersätze
- mehr Investitionen in Bildung und Innovationen
- und last not least: ein wirklicher Bürokratieabbau

Der Koalitionsvertrag der großen Koalition gibt auf diese sechs großen Aufgaben jedoch so gut wie keine überzeugenden Antworten. Ja, er liefert nicht einmal eine zutreffende Lagebeschreibung. Wie aber will man ohne klare Analyse überzeugende Lösungen finden? Vieles wurde gänzlich ausgespart (Gesundheitssystem), manches mit heißer Nadel gestrickt (Kündigungsschutz), manches mit Formelkompromissen abgetan (Energiepolitik).

Statt auf die größte gemeinsame Gestaltungskraft einigt man sich auf die kleinste gemeinsame Wurstelei. Und so ging es in den ersten Monaten der neuen Koalition weiter: Der Kakophonie über

neue Steuer- und Abgabenerhöhungen folgte beim Bürokratieabbau ein Streit darüber, ob dafür ein neues Gesetz oder neue Institutionen erforderlich seien – also mehr statt weniger Bürokratie. Das Investitionsprogramm wäre nur dann strukturell hilfreich, wenn es nicht aus zusätzlicher Kreditaufnahme, sondern durch Umschichtung im Haushalt finanziert würde. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung soll nur zu einem Drittel zur Senkung der Lohnnebenkosten verwandt werden, der Rest soll zwar zur Konsolidierung genutzt werden, wird wohl aber in der allgemeinen Haushaltsfinanzierung verschwinden, das heißt: Statt die Abgaben zu senken, werden sie erhöht. Statt die Sozialsysteme effizienter zu machen, werden die Bürger noch mehr zur Kasse gebeten. Dabei könnten die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auch ohne MWSt-Erhöhung um 1-2 Punkte gesenkt werden, weil die Sparmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit greifen und zu kräftigen Überschüssen führen.

Wer wie ich in eine große Koalition Hoffnungen auf einen endlich konsequenten Reformkurs gehegt hat, muss bisher enttäuscht sein. Von Rückenwind bislang keine Spur, stattdessen Flaute, unterbrochen von schwer berechenbaren Böen aus wechselnden Richtungen. Man muss nicht so weit gehen wie ein Kieler Wirtschaftsjournalist, der resumierte: „Noch nie hat eine deutsche Regierung aus den Startlöchern heraus einen derart wirtschafts- und wachstumsfeindlichen Kurs eingeschlagen wie diese Koalition“ (KN 20.4.06). Aber in der Tat:

Von der Unberechenbarkeit der rot-grünen Koalition hatten viele genug, aber ist die berechenbare Baldriankoalition das, was wir uns erhofft hatten? „Die Welt“ kommentiert zu recht bissig: „Wenn schon zu wenig oder das Falsche geschieht, dann hatte das zu Schröders Zeiten wenigstens einen gewissen Unterhaltungswert“ (Welt, 2.5.06). Berechenbar ist nur das Klein-Klein, sozusagen das Schröder-Merkelsche Gesetz: Auf zwei Dosenpfandregelungen folgt immer eine Gesundheitsreform.

Natürlich muss eine Koalition gepflegt werden, damit sie nicht allzu schnell wieder zerbricht. Aber in Berlin wie in Kiel wird deutlich: Auch, ja gerade große Koalitionen brauchen eine starke politische Führung. Gerade jetzt täten eine entschlossene Kanzlerin, ein starkes Kanzleramt, ein Schulterchluss der engsten Führung not. Eine führungsstarke Kanzlerin hätte das handwerkliche Chaos bei den jüngsten Beschlüssen zum Elterngeld und der sog. „Reichensteuer“ unterbinden müssen.

Nein, die Zeiten der Eingewöhnung und der Klimapflege sind vorbei. Jetzt geht es nicht mehr darum, sich und alle anderen lieb zu haben. Jetzt beginnt die zweite und wahrscheinlich letzte Chance für die große Koalition, ihren Reformauftrag zu erfüllen – mit einem knappen Zeitfenster von gut 12 Monaten. Da reicht der Verweis auf Einhaltung des Koalitionsvertrages weiß Gott nicht aus. Nötig wäre jetzt etwas anderes. Nötig wäre eine zweite Agenda 2010, die die Probleme klar benennt, sie entschlossen anpackt und die Schwächen der (in vielen Punkten ja richtigen) ersten Agenda Gerhard Schröders vermeidet: Eine Agenda, die ein erkennbares Gesamtkonzept enthält, die ehrlich ist und keine falschen Versprechungen macht, die langfristig und verlässlich angelegt ist und dabei die Kommunikation nicht vernachlässigt. Die Eckpunkte für eine solche Agenda II sind schnell benannt – es sind genau die sechs, mit denen andere Länder, und zwar auch sozial orientierte Länder wie Dänemark oder Finnland – erfolgreich waren – und warum sollten wir Deutschen nicht das schaffen, das andere, kleine wie große, Staaten geschafft haben?:

1. **eine Konsolidierung der Sozialsysteme ohne Steuer- oder Beitragserhöhungen**, so wie andere Länder uns das vorgemacht haben: mit mehr Eigenverantwortung, mehr Transparenz und Wettbewerb zwischen und innerhalb von Kassen und kassenärztlichen Vereinigungen, Abbau von Überkapazitäten im stationären Bereich. Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt: Unser Gesundheitssystem ist nicht unterfinanziert. Wir leisten uns vielmehr viel zu viel Ineffizienz: zu viele Krankenhausbetten, zu lange Verweildauern, zu viel Expostherapie im Vergleich zur Vorsorge, zu wenig Anreize zu sparsamer Mittelverwendung, mangelnde Transparenz.
2. **eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch Einsparungen statt Abgabenerhöhungen**: durch eine Reform des Dienst- und Tarifrechts im öffentlichen Dienst, einem Durchforsten von Gesetzen, Vorschriften und Behörden, einem weiteren Subventionsabbau, mehr public-private partnership beim Infrastrukturausbau.
3. **die Schaffung eines effizienten Arbeitsmarkts nach skandinavischem Vorbild**: konsequente Lockerung der Einstellungsbarrieren beim Kündigungsschutz, im Gegenzug eine effizientere Arbeitsvermittlung und Förderung des Niedriglohnbereichs.

4. **eine Anpassung der deutschen Unternehmensbesteuerung an internationale Standards:** also niedrigere Sätze für Kapital- und Personengesellschaften zumindest bei einbehaltenen Gewinnen, Erleichterungen bei der Erbschaftsteuer für mittelständische Unternehmen.
5. **eine nationale Bildungs- und Innovationsoffensive**, wie sie Finnland Anfang der 90er Jahre mit den bekannt guten Ergebnissen gestartet hat. Ein Programm zur Stärkung der Hauptschulen etwa ist unverzichtbar, wenn die Zahl der unterqualifizierten Schulabgänger nicht noch weiter steigen soll.
und:
6. ein **Abbau von bürokratischen Barrieren**, nicht durch neue Stabstellen oder BürokratietÜV's, sondern indem endlich die Vorschläge umgesetzt werden, die längst auf dem Tisch liegen. Planungsbeschleunigungsgesetz, Straffung des Bundesnaturschutzgesetzes, Vereinfachung von Lohn- und Umsatzsteuerverfahren, schnellere Genehmigungen durch Umsetzung des nicht aufhebbaren Fristablaufs, Umsetzung der vorliegenden Vorschläge zum Statistikabbau. Und das schließt ein eine wirklich entschlossene Gegenwehr gegen überzogene Regulierungen aus Brüssel. (Das kürzlich auf den Weg gebrachte Mittelstandsentlastungsgesetz ist ein Anfang, geht aber längst nicht weit genug).

Das könnten Eckpunkte einer zweiten Agenda für Wachstum und Beschäftigung sein, mit dem Ziel, Deutschland mittel- und langfristig wieder in die Spitzengruppe zurückzubringen. Einer offensiven Aufbruch-Agenda, die auch klare Lage- und Zielbeschreibungen und ein in sich geschlossenes, längerfristig tragfähiges und vor allem verlässliches (!) Maßnahmenpaket enthält.

Eine solche Agenda II müsste auch in den Köpfen etwas bewegen. Ein entschlossener Kurs für Wachstum und Beschäftigung setzt voraus, dass Unternehmertum, Risikoübernahme, Wachstum und Innovation wieder als etwas Positives, Chancenreiches wahrgenommen werden. Deutschlands Eliten und Medien haben sich hier nicht mit Ruhm bekleckert. Männer wie Schremp, Ackermann, Esser, Piech prägen und verfälschen das Unternehmerbild. Die Leistungen mittelständischer Unternehmerpersönlichkeiten und Geschäftsführer gehen unter, obwohl sie einen Großteil der immer noch vorhandenen Wirtschaftskraft Deutschlands begründen. In der Politik ist der Mittelstand als Thema kaum präsent. Aber auch die Wirtschaft und ihre Verbände müssten mehr tun, um die Leistungen und Chancen speziell des Mittelstands stärker herauszustellen. Gerade im mittelständischen Unternehmen wird unternehmerische Verantwortung am deutlichsten sichtbar. Das müsste viel stärker kommuniziert werden.

Aber zurück zu der dringend erforderlichen zweiten Agenda. Was ist es, was mich, was uns im Grunde nicht so richtig daran glauben lässt, dass die deutsche Politik die Kraft dazu findet. Es ist das Gefühl, dass unser politisches System so verkrustet ist, dass es statt einer Aufbruchstrategie nur immer wieder Klein-klein produziert. Warum fehlen Mut und Entscheidungsfreude gerade in der deutschen Politik? Ich glaube – auch nach den Erfahrungen, die ich selbst sammeln musste -, dass wir ein paar Dinge in Deutschland erst einmal ändern müssten, damit unser politisches System wieder leistungsfähiger wird. Dazu gehören (ich will nur ein paar Punkte kurz nennen):

- die Begrenzung von Amtszeiten, um Sesselkleben und Opportunismus entgegenzuwirken
- die Bündelung von Wahlterminen, damit nicht alle paar Monate wieder die Rücksicht auf Wählerstimmen alles andere dominiert
- die wirkliche Förderung von Quereinsteigern in die Politik, einschließlich eines vernünftigen transparenten Besoldungssystems: Wen von Ihnen zieht es schon in die Politik, wenn man erst an hunderten ergebnisloser Ortsvereinssitzungen teilgenommen und sich im Beschimpfen politischer Gegner profiliert haben muss, bevor man ernsthaft für politische Entscheidungspositionen in Betracht gezogen wird?
- die Stärkung der Führungsqualifikationen unserer politischen Eliten sowie die Schaffung starker Entscheidungszentralen (Kanzleramt, Staatskanzleien) – denn nur so kann den Eigeninteressen von Fachressorts und dem ja ebenfalls häufigen Klein-klein der Fachlobbyisten etwas entgegengesetzt werden – meine Erfahrung ist, dass die Erfolge einer Regie-

rung ganz entscheidend von der Entschlossenheit des Regierungschefs und der Qualität der Regierungszentralen abhängt.

- klare Aufgabenabgrenzungen und Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden – hier immerhin sind ja erste Besserungen auf den Weg gebracht
- die Schaffung wirtschaftlich tragfähiger Länder durch Länderfusionen
- und, ein Wunsch an die vierte Gewalt: Medien, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind, indem sie sich weniger an politischen Inszenierungen beteiligen, sondern im Zweifel auch einmal unpräzise, aber konsequente Konzepte und Politiker stützen. Schade, dass es keine Rotationsmaschinen gibt, die journalistischen Schund automatisch ausfiltern.

Es wäre die einmalige Chance einer großen Koalition, zusammen mit der oben skizzierten zweiten Agenda gerade auch diese strukturellen Politikbarrieren abzubauen. Ich bin ja von Haus Optimist und möchte es auch weiter sein – doch ich sehe – sicher auch nach meinen eigenen Erfahrungen in der Politik - offen gestanden nur wenige Politiker mit dem nötigen Format und der Souveränität, diese Punkte – die ja an eingemachte Politiker-Interessen rühren – offensiv aufzugreifen. Wenn nicht noch das politische Wunder in Berlin geschieht, wird die Wirtschaft daher wohl 2006/2007 aus eigener Kraft wachsen müssen, und schon im nächsten Jahr droht die Erholung schon wieder abzuflachen.

Trotz allem – Kennedy hat ja den anpackenden Optimismus zu Recht als Pflichtaufgabe definiert - möchte ich zum Schluss noch kurz auf unseren schönen Norden zu sprechen kommen – und hier gibt es ja in der Tat auch Gründe für Optimismus. Natürlich leidet auch die norddeutsche Wirtschaft unter den strukturellen Verkrustungen ganz Deutschlands. Aber es gibt auch viel Positives zu berichten:

- Der Norden – vor allem Hamburg und Schleswig-Holstein - sind **die Handels- und Logistikdrehscheibe Richtung Norden und Nordosten** – zur Ostsee, nach Nordosteuropa. Und wir profitieren vom Wachstumspotenzial Skandinaviens, der Beitrittsländer im Osten und Nordosten sowie Nordwestrusslands. Der Boom in unseren Häfen Hamburg und Lübeck verdeutlicht das.
- Wir haben **starke Branchen mit hohem Wachstumspotenzial**. Die neueste Cluster-Studie von Prognos bescheinigt dem Norden in einigen Bereichen Spitzenniveau: Bei IT und Software, F&E-Dienstleistern, Medizintechnik und Pharma, Luftfahrt und Logistik gehört Hamburg, zum Teil auch die Wachstumsachse Hamburg-Stormarn/Lauenburg-Lübeck zu den starken Wachstumsregionen Deutschlands und Europas.
- Und auch die in den letzten Jahren arg gebeutelte Medienwirtschaft hat im Norden noch immer Gewicht: Hamburg ist nach wie vor Medienstandort Nr. 1 – vor allem bei den Printmedien. Auch SH hat in den Bereichen Medien (hier insbes. Druckereien) und Telekommunikation einen überproportionalen Anteil. Und nach dem kräftigen Umsatz- und Beschäftigungsrückgang und einem ausgeprägten Konsolidierungsprozess gibt es nun Chancen zumindest für eine Stabilisierung, wobei sicherlich weitere Zusammenschlüsse und strategische Allianzen, aber auch eine aktive Flankierung durch eine politische Strategie für den Medienstandort Nord wichtig sind.
- Wir können insgesamt ein **starkes Standortportfolio** bieten: Die Vorteile der Metropole Hamburgs verbinden sich mit günstigen Kosten, attraktiven Gewerbeflächen und qualifizierten Arbeitskräften in der Fläche, mit leistungsfähigen F&E-Einrichtungen und einer hohen Lebensqualität
- **Unsere mittelständische Wirtschaftsstruktur ist eine Chance**. Wir sind weniger abhängig von wenigen Kernindustrien, wir verzeichnen besonders hohe Neugründungen auch im technologisch anspruchsvolleren Bereich, unsere Betriebe bilden überdurchschnittlich aus, persönliches Unternehmertum ist hier stark ausgeprägt.
- **Die Wirtschaftspolitik Hamburgs und Schleswig-Holsteins knüpft konsequent an diesen Stärken an**. Beide Länder setzen auf die Stärkung der Stärken, auf die Unterstützung

des Mittelstands und den Ausbau der Infrastruktur (was nach dem Ausscheiden der Grünen in SH ja zum Glück leichter geworden ist)

- **Die Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein funktioniert immer besser.** Wirtschaft und Politik arbeiten gemeinsam und erfolgreich an strategischen Allianzen (und ich hoffe sehr, dass dieser Prozess in einen echten Nordverbund mündet).

Der Norden hat also seine Chancen – aber nur, wenn er die Kräfte weiter bündelt und durch eine aktive Wirtschaftspolitik unterstützt wird.

Entscheidend ist vor allem Konsequenz. Wenn wir wissen, dass der Hamburger Hafen entscheidender Wachstumsfaktor für den Norden sein wird, dann müssen wir eben schnell die Elbvertiefung realisieren, statt immer auf neue Gutachten zu warten. Wenn wir wissen, dass die Achse der Häfen Hamburg-Lübeck ohne elektrifizierte Bahnstrecke holprig bleibt, müssen wir die Bundesregierung beim Wort nehmen und in diesem Jahr damit anfangen. Wenn wir wissen, dass unsere Medizintechnik-Unternehmen auf Top-Forschungsinstitute und Top-Lehrstühle an unseren Universitäten angewiesen sind, dann müssen wir diese mit Nachdruck schaffen. Wenn wir wissen, dass unser Mittelstands Wachstumsträger Nr. 1 im Norden ist, dann müssen wir eben alles tun, was den Mittelstand stärkt, und alles unterlassen, was ihn schwächt – also klar gegen neue gesetzliche Auflagen kämpfen, für entsprechende Steuerreformen und eine Senkung der Lohnnebenkosten kämpfen. Und übrigens auch eine falsche Förderpolitik beenden: Ein Fördergefälle von 50 % bei der betrieblichen Förderung und von bis zu bis zu 90 % bei der Infrastrukturförderung zwischen Förder- und Nichtfördergebieten ist nicht mehr zu rechtfertigen. Nach meiner Auffassung sollte die betriebliche Förderung dann lieber ganz eingestellt werden und die knappen Mittel auf den Ausbau der Infrastruktur insbesondere in den Wachstumskernen und an den Wachstumsachsen konzentriert werden.

Und Konsequenz ist auch bei der notwendigen politischen Allianz zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein angesagt. Man kann inzwischen wohl mit Fug und Recht sagen: Nirgends funktioniert die Zusammenarbeit zwischen zwei Ländern so gut wie zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Aber es ist eben etwas anderes, ob man einzelne Kooperationen per Staatsvertrag regelt und einzelne Behörden zusammenlegt, oder ob man die Grenzen wirklich beseitigt: Eine vollständig konsistente Verkehrspolitik schafft man eben doch nur innerhalb einer Gebietskörperschaft, eine wirklich gemeinsame Ansiedlungspolitik schafft man nur, wenn Grenzen überhaupt keine Rolle mehr spielen. Der berühmte Hamburger Architekt und Planer Fritz Schumacher hat einmal gesagt: „Für das Planen mag ein Zustand, als ob keine Grenzen vorhanden sind, genügen. Sobald beim Ausführen finanzielle Fragen in Betracht kommen, bleibt jede Grenze das, was sie immer war, eine Macht, die in wirklich schwierigen Fällen das Vorzeichen des Interesses umkehrt. Dagegen ist kein guter Wille und keine Erkenntnis“ (Das Gebiet der Unterelbe im Rahmen der Neugliederung des Reiches, Hamburg 1932). Und natürlich können darüber hinaus erhebliche Verwaltungskosten durch eine Fusion eingespart werden, indem auf doppelte Ämter und Behörden sowie sonstige Einrichtungen verzichtet werden könnte.

Ich würde mir wünschen, dass die Große Koalition in Kiel ihre Chance entschlossener nutzt. Denn wo anders als in einer Großen Koalition besteht in Schleswig-Holstein die Chance, in einem breiten Konsens die Länder zusammenzuführen?

Wirtschaft im Aufschwung – Rückenwind durch die Politik? Deutschland und gerade auch der Norden haben nach schwierigen Jahren endlich wieder die Chance für einen länger anhaltenden Aufschwung. Aber um sie zu nutzen, ist die Politik gefordert. „Wer das Ziel nicht kennt, für den ist kein Weg der richtige“. Senecas 2400 Jahre alter Satz gilt noch immer. Hoffen wir, dass sich die große Koalition schnell daran erinnert, mit welchen Zielen sie angetreten ist. Und dass sie den dann eigentlich klaren Weg, den andere Länder ja schon gewiesen haben, entschlossen einschlägt.